

Wien, am Samstag, den 18. Oktober 1930 Zweite Ausgabe

---

Notstandsarbeiten der Gemeinde Wien zur Linderung der Arbeitslosigkeit.

Die Vertreter des Bundes der freien Gewerkschaften haben vor kurzem bei Bürgermeister Seitz unter Hinweis auf die katastrophale Lage der Wirtschaft und das höchst bedenkliche Anwachsen der Arbeitslosigkeit die Anregung vorgebracht, die Gemeinde Wien möge erwägen, ob sie nicht eine grössere Bauaktion unternehmen könne. Die Gewerkschaften anerkennen zwar die Bemühungen der Gemeindeverwaltung, durch die Vergebung öffentlicher Arbeiten die Wirtschaft zu beleben, sie anerkennen insbesondere die Bautätigkeit der Gemeinde, durch die allein in diesem Jahr nahezu 100 Millionen Schilling in die Wirtschaft eingepumpt worden sind. Trotzdem sei nicht abzusehen, wie sich die Verhältnisse im kommenden Winter gestalten werden, insbesondere dann, wenn der Bund auch weiterhin Investitionen in so geringem Ausmasse unternimmt wie bisher. Die Gewerkschaften stellten daher dem Bürgermeister zur Erwägung anheim, ob es nicht doch möglich wäre, weitere Arbeitsgelegenheiten über das bisher präliminierte Ausmass hinaus zu schaffen, und insbesondere solche Investitionen ins Auge zu fassen, bei denen die Aufwandsquote für Arbeitslöhne eine möglichst grosse ist.

Bürgermeister Seitz erwiderte, er habe selbst auch schon mit den amtsführenden Stadträten diese Frage, die allerdings nicht leicht sei, besprochen. Die finanziellen Mittel der Gemeinde sind schon heute bis auf das Aeusserste gespannt und weitere Belastungen sind vor allem deshalb sehr bedenklich, weil die Steuereingänge des letzten Jahres geringere sein werden, vor allem aber weil durch die Abgabenteilung schwere Anschläge auf die Steuerträger Wiens und die Finanzen der Stadt drohen. Trotzdem verschliessen sich weder der Bürgermeister noch die amtsführenden Stadträte, insbesondere der Finanzreferent Breitner, dieser Notwendigkeit. Er werde daher die Frage sofort mit den zuständigen Instanzen beraten.

Samstag mittags erschien nun abermals eine Deputation des Bundes der freien Gewerkschaften, bestehend aus dem Vorsitzenden Hueber, dem Sekretär Schorsch und den Vorstandsmitgliedern Tomschik, Weigl, Seidel, Wessely und Janocek, beim Bürgermeister, um die Antwort einzuholen. Bürgermeister Seitz teilte den Vertretern mit, dass nunmehr folgende Arbeiten in Aussicht genommen

sind:

754

.....  
1.) Die Erbauung eines Entlastungskanals am linken Donauufer in der Brünnerstrasse von der Floridsdorfer Brücke bis zur Siemensstrasse. Bei diesem Bau könnten nicht wenige Arbeiter beschäftigt werden, weil er eine Länge bis zu 4000 Meter hätte. Von dem Kostenerfordernis von 6 Millionen Schilling werde der grösste Teil auf Arbeitslöhne entfallen.

2.) Der Bau eines Liesingtal-Sammelkanals, zu dessen Ermöglichung sich die Gemeinde Wien bereit erklärt hat. Dieser Bau wurde im Jahre 1916 begonnen, aber im Dezember 1922 eingestellt. Die Verwaltung der Stadt Wien wird beim Gemeinderat anregen, dass man die Bereitwilligkeit der Gemeinde erkläre, an der Aufbringung der erforderlichen Mittel im Wege der Konkurrenz mitzuwirken. Eine solche Erklärung ist schon seinerzeit von der Gemeinde Wien gegeben worden; allerdings war Wien damals ein Teil des Landes Niederösterreich. Die Beitragsquote würde 20 Prozent betragen, was bei einer Kostensumme von mehr als 7 Millionen Schilling ungefähr einen Betrag von 1'5 Millionen Schilling ausmacht. Ueberdies würde die Gemeinde in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Bau auch einen alten Wunsch der südwestlichen Bezirke Wiens dadurch erfüllen, dass die Kanalisierung von Altmannsdorf, Hetzendorf und eines Teiles des X. Bezirkes ausgebaut würde, und zwar mit einem-allerdings von der Gemeinde Wien allein zu tragenden- Kostenaufwand von 3,400.000 Schilling.

3.) Die Errichtung der Hafibrücke über den Donaukanal als Verbindung des II. Bezirkes mit dem XI. Bezirk. Der Plan des Baues ist aufgetaucht, als man die Brigittabrücke (jetzt Friedensbrücke) erneuern musste. Damals rechnete man in Hinsicht auf den schwachen Verkehr einer solchen Hafibrücke und die geringere Belastung noch mit der Möglichkeit, die alte Eisenkonstruktion der Brigittabrücke verwenden zu können. Das hat sich allerdings bei einer genaueren Untersuchung nach der erfolgten Abtragung als nicht zweckmässig erwiesen, so dass die Durchführung des Planes verzögert wurde. Später sind besondere Schwierigkeiten dadurch entstanden, dass die Bundesverwaltung im Zusammenhang mit der dort laufenden Bundesstrasse nicht erfüllbare Ansprüche stellte. Mit der Schaffung dieser Brücke lässt sich ein langgehegter Wunsch des Bezirkes Simmering erfüllen und es wird auch der Prater, insbesondere wenn einmal das Stadion fertig sein wird, dadurch zweifellos eine starke Belebung erfahren. Der Kostenaufwand wird sich auf nahezu 3 Millionen Schilling belaufen.

4.) Schliesslich soll noch die Verlängerung des an der Nordbahnbrücke befindlichen Gehsteiges über die Donauuferbahn erfolgen. Gegenwärtig müssen die Fussgeher an dieser Stelle die viergleisige Donauuferbahn übersetzen, was

## Sitzungen im Rathaus.

In der nächsten Woche tritt der Wiener Stadtsenat am Dienstag, um 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend daran findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt.

-----

### Internationale Tagung für industriellen Feuerschutz, Unfallverhütung und Rettungswesen.

Heute nachmittags wurden die Delegierten der gegenwärtig in Wien beratenden Internationalen Tagung für industriellen Feuerschutz, Unfallverhütung und Rettungswesen in Vertretung des Bürgermeisters vom amtsführenden Stadtrat Richter im Rathaus empfangen. Verbandsobmann Ongenieur Mensig dankte dem Bürgermeister und dem Stadtrat Richter für die Auszeichnung der Begrüssung durch die Stadt Wien.

"Was diese Tagung besonders auszeichnet", sagte Stadtrat Richter, "ist die Internationalität der Tagung, an der fast alle europäischen Staaten vertreten sind. Ihre Tagung, die den edlen Gedanken der Menschlichkeit, der Hilfsbereitschaft und der Liebe zum Nächsten pflegt, ist aber auch ein Zeichen, dass die Völker nach der Zerstörung der Güter der Menschheit durch den Krieg von der Kriegspsychose zurückgefunden haben zur Menschlichkeit, zum Schutze der Menschen und der volkswirtschaftlichen Güter vor der Vernichtung."

Im Namen der Kongressteilnehmer dankte der Budapester Delegierte Staatssekretär a. D. Dr. Marinovich für die herzliche Begrüssung durch die Stadt Wien. Den Kongressteilnehmern werde die Tagung der schönen Stadt Wien und das Neue, was sie in Wien zu sehen bekamen, stets in Erinnerung bleiben. Nachdem Stadtrat Richter noch die Führer der einzelnen Delegationen begrüsst hatte, führen die Teilnehmer der Tagung zu einer von der Wiener Feuerwehr veranstalteten Vorführung.

-----

### Die Vergiftung in der Neubaugasse.

Zu der in einigen Blätter wiedergegebenen Meldung, dass der Unfall in der Neubaugasse durch Benützung eines Gasbügeleisens hervorgerufen worden sei, wird festgestellt, dass die Verunglückte nach ihrer eigenen Aussage ihr Gasbügeleisen zum letztenmal vor ungefähr drei Wochen benützt hat. Der Unfall kann also nicht auf Benützung des Gasbügeleisens zurückzuführen sein.

-----

.....  
vielfach mit grossem Zeitverlust verbunden ist und an dieser Kreuzungsstelle auch schon zu Unglücksfällen geführt hat. Ausserdem hat der Steg in seiner heutigen Anlage den Nachteil, dass er an einer tiefen Stelle des Handelskais endigt, sodass er schon bei kleinen Hochwässern nur schwer benützbar ist. Für diese Arbeit werden rund 150.000 Schilling aufgewendet werden müssen.

Da es sich um ausgesprochene Notstandsarbeiten handelt, wird selbstverständlich für sie die Zubilligung der produktiven Arbeitslosenfürsorge in Anspruch genommen werden. An der Ausarbeitung der Einzelprojekte wird bereits eifrigst gearbeitet und es wird hoffentlich gelingen, nach Genehmigung durch die verfassungsmässig zustehenden Instanzen der Gemeindeverwaltung noch <sup>vor</sup> Einbruch des Winters mit den Arbeiten zu beginnen.

Die Deputation dankte dem Bürgermeister und den Stadträten für ihre Bemühungen und gab der Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen werde, die Vorarbeiten möglichst rasch zu Ende zu führen, weil jede Woche der schönen Jahreszeit kostbar ist. Wenn auch nach Ansicht der Gewerkschaften an solchen öffentlichen Arbeiten nicht genug unternommen werden können, so müsse man die vom Bürgermeister zugesagten Massnahmen doch als einen grosszügigen Plan der Gemeinde im Interesse der Industrie, des Gewerbes und vor allem der Arbeiterschaft anerkennen.